

Dresdner Volkszeitung

Postfachamt: Leipzig.
Aden & Komp., Nr. 20818.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:
Gebr. Arnold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Frangobahn monatlich 2.00 M. Durch
die Post bezogen vierteljährlich 6.00 M., unter Kreuzband für Deutschland
und Oesterreich-Ungarn 6.00 M.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Bettendorferplatz 10. Tel. 25 281.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Bettendorferplatz 10. Tel. 25 281.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Einzelverkaufspreis: die 7 gespaltene Monatsbeilage 50 Pf., darauf 40 Prozent
Zuerungszuschlag, bei Familienangehörigen die Beile 60 Pf. (ohne Zuschlag).
Interesse sind im Voraus zu bezahlen. Eine Verpachtung zur Aufnahme an son-
stigen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Preisrückzahlung 20 Pf.

Nr. 187.

Dresden, Freitag den 15. August 1919.

30. Jahrg.

Die bittere Lehre von Chemnitz.

In der Chemnitzer Volksstimmung wird den Unabhängigen und Kommunisten scharfer Kampf angelegt und festgestellt, daß der erste Einigungsversuch der Chemnitzer organisierten Arbeiterschaft an der Spitze der Kommunisten und Unabhängigen gescheitert sei. Unter der Überschrift: „Gegen unter mit der Maske“ wird ein anschauliches Bild der Verhandlungen zwischen Kommunisten, Unabhängigen und Mehrheitssozialisten gegeben und festgestellt, daß die Unabhängigen und Kommunisten die künftigen Chemnitzer Vorgänge auf ganz Sachsen übertragen wollten. In einem Flugblatt der Mehrheitssozialisten wird dies besonders unterstrichen. Es heißt darin:

Die blutigen Vorgänge am letzten Freitag haben ihre Ursache in den Lebensmitteldemonstrationen. Heute steht bereits fest, daß Frauen, die Mitglieder der kommunistischen Partei sind, anonyme Flugblätter mit der Aufforderung zur Demonstration verbreitet haben. Die Beweise verzeichnen sich immer mehr, daß

die Lebensmittel-Demonstrationen zu politischen Zwecken ausgenutzt werden sollten. Schon am Donnerstag, ehe noch ein Tropfen Blut geflossen war, verhandelte ein kommunistischer Führer auf dem Königsplatz, daß die Bewegung dazu führen müsse, den Arbeiterrat zu errufen. Am Donnerstagabend kam es zu dem bedeutenden Zusammenstoß zwischen Militär und Zivil, wobei einige Opfer fielen.

Bei den weiteren Verhandlungen des Aktionsausschusses am Freitagabend trat zum erstenmal in unerbittlicher Form die wahre Natur der Kommunisten und Unabhängigen zutage. Sie wollten diese Bewegung zu einer politischen Aktion gründen, die sich ausbauen und die Mehrheitssozialisten als Vorposten dazu benutzen. Unabhängige von Leipzig nahmen an den Beratungen teil und drangen darauf, daß Chemnitz sofort in den Generalstreik eintrat, auf den die anderen Orte, wie Leipzig, Riesa und das Bismarckrevier bereits warteten. Die Mehrheitssozialisten lehnten eine solche Gewaltpolitik rundweg ab. Am letzten Abend kam es zu einem Kompromiß. (Bei dem ein gemeinsames Flugblatt verfaßt wurde. Die Red.) Dieses Flugblatt sollte in der Druckerei der Volksstimmung hergestellt werden für den Fall, daß alle Verhandlungen resultatlos verlaufen und bereits gegebene Versprechungen zurückgenommen werden mußten. Dieses Flugblatt wurde beantragt, den Druck zu veranlassen. Inzwischen hatten sich die Beweise dafür, daß es die geschlossenen antirevolutionären Kommunisten und Unabhängigen auf

eine ganz bewußt angelegte Generalstreikaktion abgesehen hatten, immer mehr verhärtet. Bewiesen ist, daß Unabhängige und Kommunisten den Generalstreik unbedingt durchsetzen wollten. Bewiesen ist, daß Leipzig und Unabhängige an den Verhandlungen teilgenommen haben und gleichfalls für den sofortigen Generalstreik eintraten. Bewiesen ist, daß man die Mehrheitspartei selbst für den Fall von Einzelverhaftungen auf den Generalstreik festlegen wollte. Bewiesen ist ferner durch einen Kuß in der Chemnitzer Volksstimmung, daß der Generalstreik bereits vorbereitet war.

Auf diese Weise wollte man, nach ehe die allein dazu berufenen Arbeiterschaft von Chemnitz einen Beschluß gefaßt hatte, dieser ihre Stellungnahme von Leipzig aus bittieren und gleichzeitig noch bewährten Kuller die Arbeiter anderer Bezirke durch Vorpiegelung dieser falschen Tatsache zum Streik aufputschen.

Diese erblichenen Beweise für die planmäßig vorbereitete Ausführung des Generalstreiks in Chemnitz veranlassen nunmehr unser Genossen Jensch, auf eigene Verantwortung von der Drucklegung des ihm übertragenen Flugblattes Abstand zu nehmen. Er hätte die Ueberzeugung gewonnen, daß die Verbreitung des Flugblattes die Gründung aller Generalstreikvorbereitungen gewesen wäre.

Die Mehrheitspartei weist den kommunistischen Vorwurf des Betrugs weit von sich. Sie hat mit ihren Handlungen die ureigensten Interessen der Arbeiterschaft wahrgenommen und unser gelamtes Wirtschaftsleben vor furchtbaren Erschütterungen bewahrt.

Die Versammlung der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse am Montag früh hat klar erkennen lassen, daß man über die Ausdehnung dieses feingewonnenen Planes bestürzt war, und deshalb sollte von kommunistischer Seite verhindert werden, daß die Mehrheitsvertreter über die Vorgänge im Aktionsausschuss einen Bericht geben konnten. Als es dennoch durchgeführt wurde, kam es zu stürmischen Szenen, den schärfsten Verleumdungen und Angriffen auf unsere Verleumdungen, man durch Wortverwirrung und lärmende Zurufe mundlos machte. Diese Tatsachen beweisen, daß man keine Einigung des Proletariats will und nur auf die Durchsetzung seiner Gewaltpolitik ausgeht.

Sie haben den wichtigsten der Darlegungen des Flugblattes Raum gegeben, weil das Chemnitzer Beispiel für die gesamte Arbeiterschaft mehr als lehrreich ist. Die Chemnitzer Volksstimmung ist ein Parteiblatt, das seine auf Einigung aller sozialistischen Parteien gerichteten Bestrebungen seit Monaten nachdrücklich, gläubig und in ehrlichster Absicht vertreten hat. Sie nahm Artikel und Einladungen von unabhängiger und kommunistischer Seite auf und diskutierten mit ihnen die Einigungsmöglichkeiten. Sie läßt scharfe Kritik an den Maßnahmen sozialdemokratischer Regierungen, sofern ihr die Maßnahmen irgendwie mangelhaft dünken. Als es jetzt im Verlauf der Chemnitzer Unruhen zu einer Einigung der Vertreter der Mehrheitssozialisten, der Unabhängigen und der Kommunisten bergleichen Kommission kam, entsprach diese Entwicklung ganz der bisher von der Chemnitzer Volksstimmung vertretenen Richtung.

Aber schon diese erste Gelegenheit erwiebs den von unseren Chemnitzer Genossen gehegten Glauben an Einigungsmöglichkeiten als Illusion. Und wir müssen schon sagen, daß sich

die Chemnitzer Sozialdemokraten zu weit von der Partei hinweg einigten, daß sie Forderungen unterzeichneten, aus denen der unabhängig-parteiliche Pfordersuch deutlich hervorging. Trotzdem hielt die Einigung nur einige Tage; sie hielt genau so lange, als unsere Chemnitzer Genossen brauchten, um dahinterzukommen, daß die Unabhängigen und Kommunisten die Not der Bevölkerung nur auszunutzen gedachten, um Parteigeschäfte zu machen, ein Generalstreikfeuer über ganz Sachsen zu führen und die Chemnitzer Mehrheitssozialdemokratie als Vorposten zu benutzen. Diese Erfahrung ist bitter und für unsere Arbeiterschaft traurig, aber es scheint uns, daß sie notwendig war. Als wir nach dem blutigen Freitag in unsern Betrachtungen betonten, daß in Chemnitz geschäftliche Leute der verschiedensten politischen Farbe am Werke gewesen seien, und daß spartakistische Elemente allerhand dunklen Taten und Schmarozern der Volksnot in die Hände gearbeitet hätten, regte sich die hiesige Unabhängige über „den Tiefstand untrer politischen Moral“ auf. Wir streiten mit dem Vororgan für Ratsch und Verleumdung über politische Moral nicht, selbst dann nicht, wenn das Blatt in einem einwandfreien Deutsch redigiert würde, als es der Fall ist. Wir stellen nur als ein Ergebnis der von unsern Genossen angestellten Untersuchungen fest, daß Unabhängige und Spartakisten den Brand schützten, daß sie die Räte der Chemnitzer Bevölkerung und die Einigungsbereitschaft der Chemnitzer Mehrheitssozialdemokratie rücksichtslos zu eigensüchtigen Parteizwecken auszunutzen gedachten!

Was ergibt sich aus dem ganzen trüben Zwischenpiel als Lehre? Daß eine Einigung mit den Unabhängigen wie mit den Kommunisten bei der jetzigen Beschaffenheit ihrer Führer und eines Teiles ihrer Anhänger nicht zu denken ist. Es handelt sich hier um Gegensätze in der politischen Auffassung, die durchgefochten werden müssen und nicht zu verfeinern sind. Wir Mehrheitssozialdemokraten müssen — was wir auch bei dieser Gelegenheit wiederum betonen möchten! — den Rat haben, mit unsern Anschauungen nicht nur zu stehen, sondern auch zu fallen, wenn die Bevölkerung verblendet genug sein sollte, revolutionshysterischen Demagogen befinnungslos nachzugehen. Wir wissen, daß die Sozialdemokratie bei ihrem gegenwärtigen Kampfe Wind und Sonne gegen sich hat; daß alles, was unsere Partei, unsere Vertreter im Parlament und in der Regierung tun, nicht etwa getan wird, um billige Vorbeeren und Parteierfolge einzujuchsen, sondern daß wir unantworbare Aufgaben übernommen haben, weil es uns unsere Verantwortung vor dem Volke gebietet, daß wir schwer Lösbares auf uns nehmen müßten, wenn wir das Volk vor dem Abgrund retten wollten.

Stellen sich unserm sozialistischen Gewissen jene unverantwortlichen Leute entgegen, die sich so gern als Retter der Revolution aufspielen, so müssen wir den Kampf entschlossen aufnehmen. Gewiß, die politischen und sozialen Endziele der Antiradikalen sind auch unsere Endziele, aber ihre Wege und Mittel sind nicht unsere Mittel. Als Selbsttäuschung über den demagogischen Charakter jener Verantwortungslosigkeits, wie sie die Antihysteriker ausgedehnt, führt die Sozialdemokratie zu politischer Kräftevergeudung, bringt sie in Gefahr, betrogen und überrumpelt zu werden. Der Ueberwundene ist in solchem Fall immer der vernünftiger Teil der Volksmassen.

Das ist die Lehre von Chemnitz — namentlich auch für unsere Chemnitzer Genossen!

Der Dank vom Hause Habsburg.

Die Berichte wird, ist in Budapest das Kabinett neu gebildet worden. Es ist äußerst konservativ. Die Sozialdemokraten haben die Teilnahme gänzlich abgelehnt. Ministerpräsident bleibt Friedrich, Auswärtiges versteht Martin Kovacs, Inneres Baron Berenyi, Staatssekretär unter Tiska, Kultus Karl Guszar (christlich-sozial), Ackerbau Julius Lorand (Großgrundbesitzer), Handel Franz Heinrich, Finanzen Roland Gogebucus, Volkswohlfahrt Stephan Geller (christlich-sozial). Die Nationalversammlung wird in sechs Wochen einberufen.

Die Sozialdemokraten hatten als Bedingung für ihre Teilnahme den Rücktritt des Erzherzogs Joseph und Regelung der Staatsformfrage auf freier demokratischer Grundlage gefordert. — Ihrem Verlangen ist nicht entsprochen worden. — Von anderer Seite wurde ein Kabinett Kovacs-Andrassy gemeldet. Eine amtliche Bestätigung liegt weder für die eine noch die andre Nachricht vor. Sicher ist jedoch, daß die Reaktion in Ungarn mit Siebenmeilenstiefeln ihrem Ziel zuzuhaltet. Graf Karolyi äußerte sich folgendermaßen: Erzherzog Joseph trachtet jedenfalls nach dem Thron und es ist nicht ausgeschlossen, daß ihm dies mit Hilfe einer durch eine geschickte Diplomatie

Wirtschaftliche Lähmung in Schlefien.

Nachdem die Arbeiterschaft des ober-schlesischen Elektrizitätswerkes Zabrze sich heute dem Ausstand der Berg- und Hüttenleute, die zu 95 Prozent ausständig sind, angeschlossen hat, beginnt sich die Lage zuzuspitzen und das Wirtschaftsleben zu lähmen. Im Bezirk Hünneburg und Weisitz ist wieder jeglicher Verkehr stillgelegt, da elektrische Kraft und Licht völlig fehlen. Das Erscheinen der Beilagen ist für morgen in Frage gestellt. Die Arbeiter erklären, die Hüttenarbeiten nur noch bis Sonnabend ausführen zu wollen, falls nicht bis dahin ihre Forderungen angenommen seien. Neu sind in den Streik getreten: Der Gruben- und Hüttenwerke die Hailon-Hütte und die Hütten-Hütte bei Schöppin. Sollte der Streik einziehen, so dürften noch weitere Hüttenwerke gezwungen sein, zu schließen. Ueber die Streiklage findet heute mit dem Staatskommissar in Ratibomig eine Beratung statt, an der Gewerkschaftsvertreter aller Richtungen teilnehmen werden.

Die Frankfurter Handelskammer hat an die verschiedenen Reichs- und preussischen Ministerien, an den Reichskommissar für Kohlenverteilung und an sonstige Stellen folgenden Telegramm gerichtet: Die Brennstoffnot der Industrie untrer Bezirke hat derzeit zugenommen, daß Betriebsbeeinträchtigungen an der Lagerordnung sind und völlige Beendigung des ganzen Betriebes nur noch eine Frage kurzer Zeit ist. Da Aussicht auf Besserung vorerst nicht vorhanden ist und die Veränderung der Brennstoffe erfahrungsgemäß im Herbst bei Wagenmangel und Schiffabfertigung immer schwieriger wird, müssen wir mit allem Nachdruck auf die verhängnisvollen Folgen hinweisen, die aus der Beschäftigungslosigkeit der gesamten Arbeiterschaft entstehen werden. Wir ersuchen dringend für sofortige Veranbringung größerer Mengen von Brennstoffen Sorge zu tragen.

In Ratibomig ereignete sich Donnerstag vormittag mehrere schwere Ausschreitungen. Auf dem Wochenmarkt wurden die Verkaufshände der Händler wegen der hohen Preise umgeworfen und geküßelt. Die Händler selbst wurden mißhandelt. Die Polizei war machtlos gegen die zu Tausenden angefallene Menge. Eine große Menge Eisenblech sowie selbstgebaute Wägen durchgassen die Straßen, schlugen teilweise die Schaufenster ein und raubten ein Zigarettengeschäft vollständig aus. In der Rathhausstraße verfuhr die Menge, die Polizeiwache zu stürmen. Es mußte militärische Hilfe herbeigeholt werden. Die Soldaten gaben mehrere Schreckschüsse ab, worauf die Menge auseinanderlief, wobei sie eine Anzahl Verwundete zurückließ.

Fortdauer des Hamburger Ausstandes.

Eine am Donnerstag vormittag abgehaltene Versammlung der ausständigen Bankangestellten hat mit 1600 gegen 2 Stimmen bei 8 Enthaltungen eine Entschärfung angenommen, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß auf die neuerlichen Vorschläge der Bankleitung nicht eingegangen werden könne. — Von der Arbeitergemeinschaft seiner Angestelltenverbände in Hamburg wurde eine Sympathiebekundung für die streikenden Bankbeamten beschlossen, an der annähernd 4000 Personen teilnahmen. Von fast allen Rednern wurde betont, daß man jeden Versuch, diesen wirtschaftlichen Kampf auf parteipolitischen Gebiet zu ziehen, energisch ablehnen wolle. Eine entsprechende Entschärfung wurde angenommen.

Unruhen in Luxemburg.

Gelegentlich der Abstimmung über den Gefekentwurf, wonach allen luxemburgischen Arbeitern nachträglich eine Zuerungszulage von 400 Frank pro Kopf bemittelt werden soll, was für den Staat eine Gesamtausgabe von 15 Millionen Frank bedeutet, kamen mehrere tausend Hüttenarbeiter nach Luxemburg, um vor der Kammer zu demonstrieren und die Annahme des Gesetzes in dem von ihnen gewünschten Sinne zu erzwingen. Als dies mißlang, wurde die Menge erregt, bombardierte das Kammergebäude mit Steinen, gerammerte alle Fenster und drang in das Innere des Kammergebäudes ein, von wo die Polizei die Demonstranten mit Revolverkugeln entfernte. In der Kammer fielen Schiffe und die Abgeordneten sollen gefangen gesetzt worden sein. Schließlich mußte luxemburgisches Militär mit blanker Waffe die Ordnung wieder herstellen. Mehrere Arbeiterführer bestürmten den Generalstreik, andre wollen die Arbeiterrepublik einführen.

Zusammengestellten Nationalversammlung gelangen Formte. Wenn ein Plan, in Ungarn eine feste Regierung zu bilden, gelingen sollte, dann werde der Versuch gemacht werden, die Habsburger auch in Oesterreich wieder auf den Thron zu setzen. Ich habe, so fährt Karolyi fort, bestimmte Kenntnisse davon, daß man in den ehemaligen österreichischen Postreisen von gewissen Diplomaten der Antenne gefaßten Plan unterstützt, den kleinen Erzherzog Otto, den Sohn des Erzkaifers Karl, auf den Thron zu setzen und daß dieser Plan von der christlich-sozialen und den Rierikalen gefördert wird. Allerdings würde ein solcher Versuch in Oesterreich nicht ohne Bürgerkrieg vor sich gehen.

In der Oesterreich-Weg ist ein Kurier mit einem Handschreiben des Erzkaifers Karl an Erzherzog Joseph eingeschrieben. In diesem Schreiben weist Karl zunächst darauf hin, daß er noch immer recht mächtig geliebten König Ungarn sei. Sodann befragt er bis zu dem Augenblick seiner Rückkehr den Erzherzog mit dem Palatinat der Reichsvertretung des abwesenden Königs von Ungarn und bestatigt dem Erzherzog als Chef des Hauses Habsburg gleichzeitig den Dank für den von ihm geleisteten Dienst aus. Es wird ferner dem Erzherzog überlassen, in dem ihm geeignet erscheinenden Augenblicke von dem Palatinat Gebrauch zu machen.